

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

73 (27.3.1907) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —
Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg.,
vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich
60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger
ins Haus gebracht 2.22 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Zusenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Anzei-
gen: bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von In-
seraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen
tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden
der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 73.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch den 27. März 1907.

27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt
Blätter mit zusammen 8 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

Erklärung der sozialdemokr. Fraktion der russischen Duma.

Wie bereits aus den bisherigen Meldungen be-
kannt ist, hat die sozialdemokratische Partei allein
unter allen oppositionellen Parteien es für uner-
lässlich befunden, die Stolypinsche Deklaration zu
kommentieren. Im Namen der Sozialdemokratie
hat Genosse Zeretelli auf und zeigte in einer
eingehenden Rede, nicht das, was die Regierung
zu tun beabsichtigt, sondern was sie getan hat.
Seine Rede schloß Genosse Zeretelli mit der Ver-
kündung einer Erklärung im Namen der sozialdemo-
kratischen Fraktion, deren Wortlaut wir im folgen-
den wiedergeben:

Nachdem sie die erste Duma aufgelöst und jede
Kontrolle über ihre Tätigkeit beseitigt hatte, zeigte
die Regierung unverhüllt ihr wahres Gesicht. Sie
wagte, das sie nichts anderes ist, als eine Regierung
des Adels, die in intimgem Verein mit den Feudal-
herren und den Schmaroberelementen der Gesell-
schaft handelt. Sie benutzte den ihr zur Verfügung
stehenden Zeitraum von sieben Monaten, um unter
dem Vorwand der „Vorbereitung“ des Landes mit
allen Mitteln die Interessen der regierenden Bu-
rokratie, der feudalen Großgrundbesitzer und aller
sonstigen Parasiten zu festigen.

Sie trat alle bereits bestehenden, wenn auch sehr
schwachen Freiheitsgesetze mit Füßen. Die Frei-
heit der Versammlungen, der Rede und der Presse
und die Koalitionsfreiheit, die durch das Manifest
vom 30. Oktober herbeigeführt waren, blieben ein leerer
Schall. Sie überzog das ganze Land mit dem dicken
Netz des Kriegszustandes, des verfallenen und
des außerordentlichen Schutzes. Sie zwang die
Soldaten der Armee und der Marine, ebenso wie
die Arbeiter, die Sache der Volksrechnung zu die-
nen, und strafte sie schonungslos für jeden Versuch,
sich auf die Seite des Volkes zu stellen. Sie trieb
die administrative Willkür bis zu einem Grade,
wie man ihn selbst damals, als in Rußland noch
keine Konstitution herbeigeführt war, nicht gekannt
hatte. Sie füllte die Büchereien, die Schulen, die
Gemeinschaften und Versammlungsorte mit den stärksten
in die Sache der Freiheit und den Opfern der
Revolutionen und der Mache der Feudalherren und
Königlichen. Sie spottete aller Begriffe der Recht-
lichkeit, indem sie die Anwendung der mittel-
alterlichen Folter zuließ, und frönte diesen ihren
Spott durch die Einführung der Feldkriegsgerichte,
die bereits mehr als 700 Menschen hingerichtet
haben. Sie verließ ihre Augen vor der verbre-
cherischen Tätigkeit der Schwarzen Banden, sie un-
terstützte die Hege gegen die Juden, Polen, Arme-
ner, Grusen und Mosambaner, sie förderte die
Ermordung des Bogroms in Siedice und
schloß die Organisations dieses Bogroms. Sie
wählte und wählte nach Gutdünken mit den
Kriegsgeldern und ließ in der Person des Minister-
präsidenten Gurko zu, daß man sich selbst an jenen
Mitteln vergreife, die zur Unterstützung der Hun-
gernden bestimmt waren, und traf die ungeheuer-
lichen Maßregeln, um Privatpersonen, die den Hun-
gernden Hilfe bringen wollten, daran zu verhindern.
Durch willkürliche „Senat-erklärungen“ und
administrative Maßnahmen brachte sie eine Million
Menschen um ihre unbedingten Wahlrechte und
machte durch ungenügende Einmischung in den Gang
der Wahlen, einen freien Ausdruck des Volkswillens
zu hintertreiben und ihre eigenen Leute in die
Duma durchzuführen.

Eine ganze Reihe von Gesetzen, die von der Re-
gierung entgegen den Verheißungen des 30. Okto-
ber und ohne Einwilligung der Volksvertretung
erlassen wurden, verfolgten den Zweck, im Interesse
des Adels und der feudalen Großgrundbesitzer jene
Kontrollen zu veräußern, auf die das Volk, das so
lange in Sklaverei und Ausbeutung schmachtete,
ein unzweifelhaftes Recht besitzt. Die Regierung
hat alles, was in ihrer Macht steht, getan, um mit
Hilfe dieser Gesetze über den Landverkauf und mit
Hilfe jener Bedingungen, mit denen sie den Aus-
tritt aus der Gemeinde umstellt hat, den armen
Bauern zu Gunsten der Gutsbesitzer und der wohl-
habenden Bauern zu berauben und unter der
Herrschaft des Erbrenten und Erbschaften zu
setzen und auf diese Weise ihre Kräfte zu erschlän-
dern und zu schwächen.

Mit besonderem Haß aber fiel die Regierung in
den 7 Monaten über die Arbeiterklasse her: sie
suchte alle ihre politischen und gesellschaftlichen
Organisationen zu vernichten; sie mischte sich in den
ökonomischen Kampf des Proletariats, indem sie
sich jedesmal auf Seiten des Kapitals stellte! Sie
unterstützte wohlwollend die Schwarzen Hunderte,
welche die Arbeiterklasse sprengten; sie tat nicht
nur nichts, um dem Elend der Arbeitslosigkeit zu
wehren, sondern sie suchte im Gegenteil, dasselbe
zu erhöhen, indem sie die Auspöhrungen durch die
Arbeitsgeber, die vermehrten Arbeiterentlassungen in
industriellen Betrieben und die völlige Schließung
vieler nach Kräften förderte. Durch ihre Gesetze
über die Sonntagsruhe und die Verminde-
rung der Arbeitszeit in Handelsbetrieben und Werkstätten
suchte sie die Lösung dieser Frage in die Hände der
Arbeitsgeber und der Stadtschultheißen, die sich aus
dem Vertreter der Kaufmannschaft zusammen-
schlossen; sie richtete ihre Schläge gegen die wehrloseste
Kategorie des Proletariats, die Landarbeiter, und
suchte ihnen die schwersten Aufgaben in Aussicht, falls

es ihnen einfiel, sich zum Kampfe gegen die Gut-
besitzer zusammenzutun.
Das ist die Regierung, der das Land bereits durch
die Wahlen sein Mißtrauen offen ausgedrückt hat,
und die jetzt vor die Reichsduma mit ihrer Dekla-
ration getreten ist, worin sie Freiheitsgesetze ver-
spricht. Als ob man an diese Gesetze und diese
Freiheiten glauben könnte, so lange eine Regierung,
die sich nicht entschloß hat und nicht entschloß, alle
Freiheiten und alle Gesetze mit Füßen zu treten, am
Arbeiter bleibt!

Gegenüber allen diesen Deklarationen und Ver-
sprechungen der Regierung erklärt die sozialdemo-
kratische Dumafraktion folgendes: Sie erwartet
nichts von der Regierung der autokratischen Burea-
kratie; sie ist dessen eingedenk, daß die erste Duma
nur deswegen nicht erreicht hat, weil es ihr noch
nicht gelungen war, ein festes Band zwischen Volk
und Volksvertretung herzustellen; sie weiß, daß
auch die jetzige Duma durch ihr bloßes Mißtrauens-
votum den hartnäckigen Widerstand der autokratischen
Bureaucratie nicht brechen werde, daß die Duma erst
eine Macht werden müsse, die geeignet wäre, ein
starkes Werkzeug der Volksbefreiung zu werden;
und sie legt alle ihre Hoffnungen auf die Bewegung
des Volkes selbst, welches einzig und allein dem
Regime der Willkür und der Gewalt ein Ende zu
machen und der Volksvertretung die Kräfte geben
kann, die nötig sind, um die Gefängnisse zu öffnen,
die Freiheit zur Lösung der Landfrage zu sichern,
dem Kampfe des Proletariats freie Bahn zu schaf-
fen, das Heer zu reorganisieren, die Steuerlast von
den ärmeren auf die reicheren Bevölkerungsschich-
ten abzumwälzen usw. usw.

Die sozialdemokratische Fraktion ist eben zu dem
Zwecke in die Duma eingezogen, um durch unan-
fechtliche Arbeit auf allen Gebieten der parlamen-
tarischen Tätigkeit und unter Benützung der der
Duma zugehenden Rechte das Volk über die wahre
Lage der Dinge aufzuklären und ihm zum Bewußt-
sein zu bringen, daß die Duma in allen ihren Schrit-
ten, die auf die Ermöglichung der Freiheit und die
Unterordnung der exekutiven Gewalt unter ihren
Willen gerichtet sind, unterstützt werden müsse; um
den Zusammenschluß und die Organisierung der
Volkskräfte zu fördern, und vor allem der Kräfte
des Proletariats, einer Klasse, deren Vertreterin
die Sozialdemokratie ist und die in der Sache der
Befreiung des ganzen Rußlands die Hauptrolle ge-
spielt hat, spielt und spielen wird.

Nachdem sie an diese schwierige Aufgabe herantritt,
wendet sich die sozialdemokratische Fraktion im
Geiste der Kampfgenossen zu jenen tausenden Ver-
bannten und Eingekerkerten, die in der Gefangen-
schaft der Regierung schmachten. Die sozialdemo-
kratische Fraktion wird auch nicht einen Augenblick
lang jenen Volksruf vergessen, der ihre Abgeord-
neten geleitet hat, und der täglich in unzähligen
Briefen und Mahnungen wiederholt wird. Sie
wird keinen Augenblick lang der verbannten und
eingekerkerten Kämpfer vergessen und wird, um
ihre Befreiung zu erreichen, sich des einzigen Mittels
bedienen, welches diese Befreiung herbeiführen
kann: nämlich des stetigen Hinweises darauf, daß
das Volk nur dann seine Kämpfer befreien kann,
wenn es selbst seine Ketten zerbricht.

Badische Politik.

Gegen die Mißachtung der Presse

Seitens der nationalliberalen Parteiführer wendet
sich das Singener Tagblatt, dessen Verleger und
Redakteur jahrelang bei der Bad. Landesztg. war,
der also dies Verhältnis zwischen Partei und Presse
bei den Nationalliberalen jedenfalls gründlich ken-
nen gelernt hat. Das genannte Blatt macht die
Zurückführung der Presse seitens der Parteiführer
für den Niedergang des Liberalismus mitverantwortlich.
Der verstorbene Führer dieser habe
die Presse sogar direkt verächtlich behandelt.
Die kleinste persönliche Verdienste um die Partei
würden als große Selbstanbete geachtet, während
kein Mensch daran denke, für die liberale Presse
ein Wort zu veräußern.

Diese Kritik ist durchaus zutreffend, es fragt sich
nur, ob die Redakteure der liberalen Presse nicht
selbst schuld sind, wenn sie von der Partei so
„behandelt“ werden. Die Erscheinung der Miß-
achtung der Presse in der nationalliberalen Partei
ist eine allgemeine, vereinzelte Ausnahmen
bestätigen nur die Regel. Aber gerade diese Tat-
sache weist mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß
die nationalliberalen Redakteure selbst die Schul-
digen dafür sind. Wer sich bedingungslos den For-
derungen der Parteiführer, die fast durchweg die
formulierten Vertreter kapitalistischer Sonder-
interessen sind, unterwirft und auf eine eigene
Meinung gegen entsprechende Bezahlung ver-
zichtet, wer auf Verlangen heute „kann schreiben
links und morgen kann schreiben rechts“, der hat
keinen Anspruch auf eine andere, der Bedeutung der
Presse würdige Behandlung. Eine Partei, der die
politische Korruption sozulagen in Fleisch und Blut
übergegangen ist und die für das Volk in seinen
breiten Massen nur Verachtung übrig hat, wird
niemals der Presse diejenige Bedeutung und Wür-
digung zuteil werden lassen, die ihr zukommt. Man
kann im übrigen auch nicht verlangen, daß Leute,
die für Geld die verschiedenartigsten Zeitungsfest-
setzungen, je nach Auftrag, einer besonderen Achtung
würdig wären. Item, die Mißachtung der nation-
alliberalen Presse hängt mit der Prinzipienlosig-
keit der nationalliberalen Partei, die weiter nichts
ist als die politische Verführung der ausgepro-
chenen Geldbesitzer, aufs innigste zusam-
men. Nur in Parteien, die den Fortschritt und die
Freiheit auf ihre Fahne geschrieben haben, und die

ehrlich und ernstlich bestrebt sind, ihre Ziele auch
zu verwirklichen, wird die Presse die ihr zukom-
mende Beachtung finden. Wer sich zum Sakaien der
Parteiführer und der Geldgötzen erniedrigt, hat
sein Recht, darüber zu flennen, wenn er als Sakai
behandelt wird.

Sehr beunruhigt
ist man in der badischen nationalliberalen Partei-
führung über die Artikel, die neuerdings gegen die
Zukunft der badischen Nationalliberalen in der jung-
liberalen Zeitschrift, wie in der Köln. Ztg. erschie-
nen sind. Im letzteren Organ hat, wie wir gestern
schon berichteten, ein Oberländer (Freiburger) Ar-
ticleschreiber die Parole: „Los von Karls-
ruhe“ proklamiert und eine Wiedergeburt des
badischen Nationalliberalismus an Haupt und
Gliedern für notwendig erachtet.

In der Bad. Landesztg. erfolgte eine parteioffi-
ziöse Antwort auf diesen Artikel, deren Länge aber
im umgekehrten Verhältnis zum Inhalt steht.
Ueber die Forderung der Revision des Programms
geht der parteioffizielle Articleschreiber mit einigen
nichtsagenden, gewundenen Redensarten hinweg.
Das ist erklärlich, denn in dem Augenblick, wo die
nationalliberale Partei den Versuch macht, sich auf
wirklich liberale und demokratische Forderungen
festzulegen, fällt sie auseinander wie ein umgeblas-
enes Kartenhaus. Zumal in wirtschafts-politischen
Fragen ist es den Nationalliberalen schlechterdings
unmöglich, grundsätzliche Forderungen aufzustellen,
wie sie der wirkliche Liberalismus vertreten muß.
In diesen Tatsachen scheitern alle Einigungsbestre-
bungen mit den Nationalliberalen. Wenn das die
sogenannten wirklich liberalen Elemente endlich
einsehen und die entsprechenden Konsequenzen dar-
aus ziehen wollten, wäre der erste wirkliche
Schritt zur liberalen Einigung gemacht.

Recht hat der parteioffizielle Articleschreiber der
Bad. Landesztg., wenn er schreibt, die Verlegung
der nationalliberalen Parteiführung von Karlsruhe
nach Freiburg müßte nichts in bezug auf die „Refor-
mation an Haupt und Gliedern“. An der nation-
alliberalen Partei ist überhaupt nichts mehr
zu reformieren, ganz gleichgültig, ob der
Versuch hierzu von Karlsruhe oder von Freiburg
aus unternommen würde, denn jeder Versuch in
dieser Richtung muß an der Zusammenlegung der
nationalliberalen Partei notwenigermesse schei-
tern. „Mafnahmen“ kann die nationalliberale
Partei längst nicht mehr ertragen, dazu ist sie von
viel zu schwacher körperlicher Konstitution. Die
Korruption hat ihr das Mark total zerfressen.

Die politische Lage.

Wie sie durch die letzten Reichstagswahlen geschaf-
fen wurde, behandelte Herr Landtagsabgeordneter
Benedict am Sonntag in einer Konferenz der
demokratischen Partei des 1. bad. Reichstagswahl-
kreises. Er stellte zwei Gesichtspunkte in den Vor-
dergrund seiner Betrachtungen: das Einigungs-
bestreben aller wirklich freiheitlich denkenden
Elemente und die Notwendigkeit einer unermind-
ert scharfen Frontstellung gegen rechts, also
gegen jede Reaktion. Die Auslassungen der zahlreichen
Diskussionsredner aus den verschiedenen Gegenden
und Vereinen waren alle auf den gleichen Grund-
gedanken gestimmt, ließen aber den wirklich liberalen
Regnungen weiter rechts stehender Organisationen
volle Gerechtigkeit widerfahren. Insbesondere
wurde mit Genehmigung konsentiert, daß sich kürzlich
der jungliberale Verein in Waldshut zum Frank-
furter Mindestprogramm bekennt und auch die Ein-
führung des allgemeinen, direkten,
gleichen und geheimen Gemeindegewahl-
rechts als grundsätzliche Forderung auf-
gestellt hat. Nicht minder entschieden kam aber
auch die Abneigung gegen jede Art von Schein-
liberalismus zum Ausdruck und das Verlangen
nach freimütiger und eifriger demokratischer
Parteiarbeit, in der die sicherste Gewähr für eine
Weiterentwicklung des Liberalismus zu erblicken sei.

Das ist ja alles sehr schön. Aber wo sind denn
die bürgerlichen Wähler, die einen so ent-
scheidenden Liberalismus stützen? Wenn es den
jungliberalen beispielsweise mit der grund-
sätzlichen Forderung der Einführung des Reichs-
tagswahlrechts für die Gemeindevertretung wirklich
ernst ist, dann können sie keinen Tag länger mehr
in der nationalliberalen Partei bleiben,
denn diese denkt nicht entfernt daran, solche oder
ähnliche, wirklich liberale und demokratische For-
derungen zu akzeptieren. Das Gerede von der
Einigung aller wirklich liberalen Elemente nützt
nichts, diese Einigung muß vollzogen werden
durch den Bruch mit den Scheinliberalen, d. h.
also mit den Nationalliberalen. Alles
andere ist und bleibt fauler Jauber, der nicht die
Einigung, sondern die politische Verwirrung
fordert.

Sonderbar

findet es die Badische Landeszeitung, daß der Bad.
Landeshote den Artikel Blumenthal über die
Zukunft der deutschen Demokratie, der ein so ver-
nichendes Urteil gegen die Nationalliberalen er-
hebt, kritisch zum Ausdruck brachte. Wörtlich be-
merkt die Bad. Landeszeitung:

Diesen Gallimathias, der nicht etwa nur den
Norden, sondern ganz Deutschland betrifft, brachte
der Landeshote ohne jede einschränkende Ver-
merkung zum Ausdruck; er erinnerte nicht einmal an
das, was die ganze Sprachweisheit Blumenthals,
„unseres vortrefflichen Parteifreunds von überm
Rhein“, wie der Landeshote beifügt, mit einem
Stoß über den Gaumen wirkt — wir meinen die
Haltung der Demokratie gegenüber der
Schulfrage in Württemberg. Im Schwaben-

land hat die Demokratie aus eigener Kraft etwas
zu bedeuten, und gerade dort unternimmt sie
nichts Entscheidendes zur Einfüh-
rung der Simultanschule; ganz im
Gegenteil, erst vor wenigen Monaten gab der
demokratische Führer Bayer in Reutlingen eine
Erklärung ab, welches alles andere eher war als
eine energische Abgabe an die konfessionelle Schule.
Nach Blumenthals Schulrezept wäre auch die
württembergische Demokratie keine liberale Par-
tei, sondern „ein unerbittlicher Gegner der
Demokratie“! Sonderbar, höchst sonderbar!

Zur Entschuldigung für die Haltung der Natio-
nalliberalen kann das nicht dienen; es beweist viel-
mehr nur, daß auch in der Demokratie manches sehr
faul ist. Die schwäbischen Demokraten haben sich
übrigens nie durch besondere Prinzipienfestigkeit
ausgezeichnet.

Deutsche Politik.

Sklavenjagd in Südwestafrika.

Die neueste Nummer der Deutsch-Südwestafri-
kanischen Zeitung berichtet über eine Strafverhand-
lung gegen den Farmer und Reiserbesitzer Paul
Wiehager in Südwestafrika, der unter der An-
klage stand, drei Eingeborene, zwei Frauen und ein
Kind, ermordet zu haben. Trotz seines Leugnens
sand das Gericht den Angeklagten schuldig im
Sinne der Anklage. Wiehager hatte ein Verero-
werb, das von der Arbeit davongelaufen war, er-
schießen lassen, nachdem sie wieder eingekamten war.
An einer zweiten Frau und ihrem Kinde hatte
Wiehager das gleiche Verbrechen geahndet, indem
er sie an einen Baum binden ließ. Dort starb das
Weib an Erschöpfung, das Kind, das größere Le-
benskraft bewies, wurde im Auftrage seines Ar-
beitgebers von einem Bajard erhängt.

Der Vertreter der Anklage, Polizeirat Bösel,
führte aus, der Angeklagte habe als Farmer da-
durch Erfolg erreicht, daß er übermäßige Anforde-
rungen an seine Untergebenen gestellt habe. Die
Eingeborenen seien deshalb häufig wegelaufen,
auch das weiße Personal habe stark gewechselt. Die
Arbeiter seien auch schwer gekelagten worden. Der
Angeklagte sei deshalb in Not um Arbeitskräfte
gewesen und habe sich in einer Weise gehalten, die
an die Sklavenjagden der Araber erinnere. Als
Gesamtstrafe für drei schändliche Morde und ver-
suchte Bestechung der Schutruppler, die die Ver-
haftung vornahmen, beantragte der Ankläger
9 Jahre vier Monate Zuchthaus.

Der Gerichtshof nahm den Tatbestand der An-
klage für erwiesen an und war nur im Zweifel dar-
über, ob das Kind wirklich erhängt worden, oder ob
es nicht schon zuvor tot gewesen sei. Das Urteil
aber lautete auf drei Jahre Gefängnis! Danach
kommt diesem Muster eines kolonialen Arbeit-
gebers seine uralte Methode, der Leuten in
abzuhehlen und dem Kontraktbruch Länd-
licher Arbeiter vorzuziehen, nicht teuer zu
stehen.

Ein interessanter Prozeß

dürfte sich demnächst in Leipzig abspielen.
Gegen den früheren Reichstagsabgeordneten Ge-
nossen Schöpflin, Redakteur der Württembergischen
Volkszeitung, ist Anklage wegen Verleumdung des
Vorstehenden des Reichsverbandes zur Verleumdung
der Sozialdemokratie, Generalleutnant v. Liebert,
erhoben.
Schöpflin, der im Wahlkampf Lieberts Gegen-
kandidat war, hat den württembergischen Herrn öffentlich
als Lügner bezeichnet.

Ein Sieg des preussischen Geistes.

In dem Disziplinerverfahren gegen die bremi-
schen Volksschullehrer Holzmeier, Gartheimann,
Gansberg und Rüdiger wegen Aufreißung
der bremischen Lehrerschaft gegen die
Schulbehörde und Mißachtung wurde
am Samstag Abend nach dreitägiger Verhandlung
das Urteil gefällt. Alle vier Angeklagten wurden
mit einem Verweise und Freigang
wegen Kosten des Verfahrens verurteilt, außerdem der
Volksschullehrer Holzmeier zu 300 Mk. Geld-
strafe.

Die „Sünder“ hatten das Verbrechen auf sich
geladen, gegen den preussischen Geist, der vom
Schulinspektor (man importierte ihn aus Preußen)
in die bremische Volksschule eingeführt wurde, ener-
gisch Protest zu erheben. Wie man solche Verbrechen
im „freien“ Bremen ahndet, zeigt der Ausgang
jenes Disziplinerverfahrens.

Vier Grabschriften.

Für die Resignation, die sich derentgegen bemäch-
tigt hat, die durch das Göttinger Urteil einen
Aufschwung des Liberalismus erwartete, spricht
ein Artikel von Pfarrer Naumann in der Hilfe
über den „agrarischen Reichsanwalt“, der wie folgt
schreibt:

„Es wird folgende Grabchriften geben:
Der Flottenkaiser,
Der agrarische Reichsanwalt,
Der Staatssekretär für Sozialreform,
Der Minister gegen den Geist.“

Die vier Inschriften werden die Zeitgeschichte
darstellen.
Wir wünschen ihnen vier Inhabern langes
Leben, aber dem System — nein, ich darf
nichts sagen, denn wir gehören ja zur
Majorität!

Blutige Selbstironie!

6
95
38
5
6.95
4.25
3.60
1.45
6.50
1.40
2.85
5.25
je
hre
latz
1216
g und
währt.
nsilien
hbretter
kel usw.
Raabs
rasso 48

Husland.

Bulgarien.

Die Särgung in der Opposition nimmt infolge der letzten strengen Regierungsmassnahmen zu. Die Gesetzesvorlage über die Abänderung des Pressgesetzes veranlaßt durch ihre großen Härten in der letzten Sondersitzung kühnliche Szenen. Bei einer scharfen Kritik der Vorlage setzten des Zankowisten Christow entstand ein förmliches Handgemenge zwischen den Abgeordneten der Majorität und der Opposition. Christow wurde von dem regierungsfreundlichen Zonow mißhandelt. Infolge des großen Tumults wurde die Sitzung unterbrochen.

Die radikalen Demokraten hielten eine Protestversammlung gegen das Pressgesetz ab und forderten die Anwesenheit auf, den Kampf gegen die Regierung fortzusetzen und eine weitere Verfassungserweiterung durch die Regierung hintanzuhalten.

Der Beleidigungs-Prozess Obkircher-Wacker.

§ Karlsruhe, 28. März.

Vor dem hiesigen Schöffengericht stand heute die Privatklage des Landgerichtsdirektors Dr. Obkircher in Mannheim gegen den Geistlichen Rat Wacker in Freiburg-Bähringen wegen Beleidigung zur Verhandlung. Beide Parteien waren persönlich erschienen. Vertreter des Klägers war Rechtsanwalt Dr. Binz. Die Verteidigung des Beklagten führte Rechtsanwalt Max Oppenheimer. Die Grundlage der Klage bildeten mehrere Artikel im Bad. Beobachter, die sich gegen den Landgerichtsdirektor Obkircher richteten und von Herrn Wacker verfaßt waren. Diese Artikel stellten eine Polemik gegen einen über die Affäre Bittmann-Gaier in der Badischen Landeszeitung erschienenen Artikel dar und enthielten heftige Angriffe gegen Herrn Obkircher, in welchem Herr Wacker den Verfasser des Landeszeitungs-Artikels vermutete. Tatsächlich war aber Herr Obkircher, dem in den Artikeln des Badischen Beobachters der Vorwurf des Mangels an Takt und Wahrhaftigkeit gemacht wurde, nicht der Verfasser des in der Badischen Landeszeitung veröffentlichten Artikels. Er hatte denselben auch nicht veranlaßt und überhaupt keine Kenntnis von ihm.

Nach Eröffnung der Sitzung regte der Vorsitzende, Amtsrichter Schneider einen Vergleich an. Geistl. Rat Wacker erklärte darauf: Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kläger der Verfasser des Artikels in der Landeszeitung nicht ist. Meine Voraussetzung war ein Irrtum. Ich bedauere, daß ich mich im Irrtum befunden habe und bedauere es auch, daß meine Artikel eine Spitze gegen den Privatkläger hatten. Diese Benützung dem Kläger zu geben, halte ich mich für verpflichtet. — Landgerichtsdirektor Obkircher erklärte, eine Zustimmung zu einem Vergleich kann ich nur geben, wenn derselbe mir genau formuliert vorliegt und keine wenn und aber, keine sog. Hinterfährchen offen läßt, damit nicht die gegnerische Presse den Vergleich zu neuen Angriffen gegen mich benützt. Es müßte die Erklärung des Vergleichs so lauten, daß nicht nur die Beleidigungen, sondern auch die in den unter Klage gestellten Artikeln gezogenen Schlussfolgerungen allgemein mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen werden. Wenn ich keine besondere Neigung zu einem Vergleich habe, so ist das darauf zurückzuführen, daß noch heute eine Widerlage des Herrn Wacker gegen mich erhoben wurde wegen einer beleidigenden Äußerung, die ich in einer Freiburger Versammlung im Jahre 1905 bezüglich der Person des Herrn Wacker getan haben soll. Wenn ich nun einen Vergleich eingehe, dann wird gesagt werden, ich weiche vor der Widerlage zurück, weil ich mich nicht sicher und stark fühle. Ich fühle mich aber stark und sicher.

Nach weiteren Auseinandersetzungen, an denen sich die Herren Wacker und Obkircher, die Rechtsanwältin Binz und Max Oppenheimer sowie der Vorsitzende beteiligten, machte Dr. Binz folgenden Vergleichsvorschlag:

„Der Angeklagte nimmt die Beleidigungen gegen den Privatkläger, welche die Artikel in Nr. 259 bis 262 des Badischen Beobachters enthalten, als ungerechtfertigt und unbegründet bedauernd zurück, zahlt eine Buße von 100 Mk. an eine von dem Kläger zu bestimmende Wohltätigkeitsanstalt und trägt die Kosten.“

Herr Wacker wünschte eine kurze Unterbrechung der Sitzung zur Prüfung der Tragweite dieses Vorschlags, da er nicht glaube, einen Vorschlag in dieser Form annehmen zu können. Von Seiten des Herrn Obkircher wurde bemerkt, daß er geneigt sei, dem Vergleich zuzustimmen. Es trat hierauf eine kurze Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Hr. Wacker, daß er den gemachten Vergleichsvorschlag ablehne. Es wurde daraufhin mit der Verhandlung des Falles begonnen. Rechtsanwalt Max Oppenheimer erhob nunmehr die schon angekündigte Widerklage gegen Herrn Obkircher, die sich darauf stützte, daß derselbe im Oktober 1905 in einer Versammlung in der Wehr zu Freiburg Geißl. Rat Wacker wiederholt den großen Schmäh von Bähringen genannt habe. Er beantragte zum Beweise für diese Tatsache die Ladung zweier Zeugen und die Vertagung der Verhandlung. Zur Widerklage bemerkte Dr. Obkircher, daß er einen derartigen Ausdruck, wie er Gegenstand der Widerklage bilde, wohl nicht gebraucht habe, da er von sich sagen könne, daß er bei seiner politischen Tätigkeit stets das Prinzip durchgeführt habe, politisch-Geuner niemals zu verletzen.

Das Gericht ersich hierauf nach kurzer Beratung Beschluß dahin, daß die Widerklage zugelassen und die Verhandlung bis auf weiteres vertagt wird.

Aus der Partei.

An die Vorsitzenden und Kassierer unserer Mitgliedschaften und Kreisvereine.

Parteigenossen! Dem Landesparteitag in Freiburg soll ein Rechnungsablauf vorgelegt werden, der auch das 1. Vierteljahr 1907 noch einbezieht, also bis zum 1. April reicht. Nun sind aber eine große Anzahl Mitgliedschaften mit starken Mängeln im Rückstand, insbesondere auch solche, die aus dem Jahre 1906 stammen. Wir bitten dringend, bis zum 1. April diese Beiträge noch zu begleichen und erinnern daran, daß das Recht der

Parteitagsbescheidung von der regelmäßigen Entrichtung der Beiträge an den Landesvorstand abhängt.

Ferner bitten wir alle Mitgliedschaften, uns die Zahl ihrer Mitglieder am 1. April sofort per Postkarte mitteilen zu wollen.

Bei der Kürze der Zeit bis zum Erscheinen des Jahresberichts sind briefliche Mahnungen und Rückfragen nicht mehr möglich; wir bitten daher dringend, diese unsere Aufforderung zu beachten. Karlsruhe, 28. März 1907.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens. J. A.: Emil Eichhorn, Schloßplatz 15.

Gondbelheim, 28. März. Mit dem 1. April haben wir auch wieder, wenn nicht gerade eine große, so doch eine nennenswerte Zunahme von Volksfreundabonnenten zu verzeichnen. Auch hat der Wahlverein in letzter Zeit eine erhebliche Zunahme an Mitgliedern zu konstatieren. Es geht, wenn auch langsam, aber stetig vorwärts, und wir rechnen damit, daß die hiesigen Arbeiter mit der Zeit einsehen lernen, wofür die Arbeiterpresse und der Arbeiterverein da ist.

Der Volksfreund liegt im Galtsaus zum 8. März und in der Wirtschaft von Karlsruhe auf und bitten wir die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, diese Wirtschaften besonders zu berücksichtigen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Aus bei Durlach, 27. März. In dem Konflikt in der Stordchenbrauerei in Speyer nahmen gestern Abend die Vertreter der hiesigen Arbeitervereine Stellung, da auch hier in der Wirtschaft zum Waldhorn Stordchenbrau zum Ausdruck kommt. Nach Rücksprache mit dem Vize erklärte sich dieser sofort bereit, den Bierbezug aus der Stordchenbrauerei einzustellen und seinen Bedarf an Bier aus der Brauerei Seiden zu decken. In Aus bei Durlach gibt es also boykottfreies Bier.

Die Generalaufsperrung in deutschen Schneidergewerbe. In einer in Berlin stattgefundenen Versammlung der ausgesperrten Schneidergehilfen wurde der Einigungsversuch des Hauptvorstandes des allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe zur Besprechung gestellt. Nach einem Mehrer des zweiten Vorsitzenden wurde von der von nahezu 2000 Verlesenen beschlenen Verammlung eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt, daß die Tarifvorlage der Arbeitgeber einer gänzl. Umarbeitung bedarf, die nur in gemeinschaftlichen Unterhandlungen am Ort stattfinden kann. Die Verammlung kann deshalb ihrem Zentralvorstand die Annahme des durch die Presse veröffentlichten Ultimatus nicht empfehlen. Die Generalaufsperrung dürfte daher am nächsten Samstag erfolgen.

Badische Chronik.

Pforzheim.

26. März. s. Bürgerausschussung vom 25. März. Die zwei Vorlagen, die auf der Tagesordnung standen, betrafen den Kauf des Schmangens Anweises, Eutingstraße 30, und den Kauf des dem Lebensmittel-Bedarfsverein gehörigen Grundstücks in der Sammlstraße. (Ueber die letztere Erwerbung hat der Volksfreund bereits gestern kurz berichtet.) Das Schmangens Anwesen, das 21,88 Ar groß ist, wurde um 20500 Mk. gekauft.

Beim Tiefbaueta wurden alsdann die Vorschlagsberatungen fortgesetzt. Fast die Hälfte der Mitglieder des Kollegiums hat sich an der Debatte beteiligt. Der große Pforzheimer Schmerz ist der Dred. Und daß der Dred bald verwindet, das war vieler Redner Wunsch und Sehnen. Nur ist mit dem Pforzheimer Dred eine eigentümliche Sache. Kos hätten ihn alle gern, nur kosten soll es bei vielen Leuten nichts. Wenn unsere nächst zurückliegende Generation nicht so viele kleinliche Spardrücker gehabt hätte, wenn für die Pflasterung der Stadt namhafte Kapitalien aufgewendet worden wären, dann wäre Pforzheim nicht in den Verruf eines Drednestes gekommen. So steht sich die heutige Generation vor eine Menge dringender Aufgaben gestellt, die gelöst werden müssen, wenn Pforzheim Anspruch darauf erhebt, ein fortgeschrittenes Gemeinwesen zu sein. Und daß es bei der Fülle der Arbeiten und den großen Geldauswendungen nicht möglich ist, von einem Jahr zum andern Pforzheim zu einer gepflasterten Stadt zu machen, das sieht selbst der größte Stürmer und Wortführer ein. Einstweilen werden noch Reichtümer in dem Pflasterungsfonds gesammelt, und Notbehelfe müssen die schlimmsten Verlegenheiten besorgen. Ein solcher Notbehelf ist die Verwendung von Porphyr- und Diabasfotter anstelle des Kalkfotter. Dieses weiche Material ist wenig widerstandsfähig, und deshalb wird dazu übergegangen, in immer mehr Straßen das härtere Bestein zu verwenden. Dadurch läßt sich erreichen, daß der Dred etwas weniger wird; soll seine gähe Quartnächste aber besiegt werden, dann müssen die Pforzheimer tief in den Beutel greifen und ganze Berge von Pflastersteinen kaufen.

Interessant war im Laufe der Debatte die Enthüllung, daß verschiedene Straßen, z. B. die Jahnstraße, gar keine Kollierung haben. Daß beim Straßenbau so etwas vorkommen kann, ist eine Schande. Unter anderen Bemerkungen verdienen diejenigen der Stadtv. Staib und Müller (Soz.) Erwähnung, die verlangen, daß die Eng in der Neustadt und nach der Korrektion im Auge der Schillerstraße überbrückt werde. Ein Schmerzenskind sind auch die Badankalten, richtiger gesagt, das Nichtvorhandensein von Badankalten. Von verschiedenen Stadtverordneten wurde den Wünschen der Bevölkerung Ausdruck verliehen. Diese Wünsche werden platonische Wünsche bleiben müssen, denn die Flusskorrektion wird den letzten Rest freier Flußbäder zerstören. Die einzige Zusage, die der Oberbürgermeister geben konnte, war die, daß die Absicht besteht, bei den sogenannten Gesellschaftshäusern eine größere Badankalt an der Nagold zu errichten.

Die Vermehrung der öffentlichen Bedürfnisanstalten, auch solcher für Frauen, die Aufstellung weiterer Plafastulen ist von verschiedenen Mitgliedern des Kollegiums beifürwortet worden.

Endlich in vorgeordneter Stunde kam das Kollegium an die Beratung des Hauptvorstandeschlages. Ueber die Einnahmen ist die Debatte nicht hinausgekommen, weil der Stadtv. Kayser in endloser Rede seiner Unzufriedenheit mit dem Stadtrezimant im allgemeinen und einzelnen Titeln des Hauptvorstandeschlages im besonderen Ausdruck gab. Die Reihen des Kollegiums hatten sich allmählich stark gelichtet — 84 Mann hatten es vorgezogen,

den Schluß nicht abzuwarten, — und als Stadtv. Stodinger die Beschlußfähigkeit angewieselte, und einen Vertagungsantrag stellte, gab es ein großes Sträuben am dünn besetzten Stadtratstisch, weil man noch gern in Galopparbeit fertig werden wollte. Es war umsonst. Der Antrag auf Vertagung wurde angenommen.

In der Wärm bei Liebened wurde der Leichnam des seit einigen Tagen verstorbenen 64 Jahre alten Kaufmanns Karl Jul. Gärtner aus Tiefbronn aufgefunden. Er scheint vom Weg abgeirrt und in die hochgehende Wärm gestürzt zu sein.

Stttingen, 28. März. Für den verstorbenen Reichenshauer A. Vogel ist Rr. v. Sackmann bestellt worden.

Bei der Solaberleigerung am 21. März wurde ein Liebergebot (Anschlag 3525,50 Mk.) von 1431 Mk. erzielt.

Vom 1. Mai ab wird Herr Oberamtsrichter Dr. Engler am hiesigen Amtsgericht wieder eintreten.

Der Schlosserlehrling A. Raninger wurde wegen Einbruchdiebstahls in der Brauerei Gutesleben verhaftet. Das neue Sonnenbad in Karlsruhe wird hinter der südlichen Wabenstadt errichtet werden.

Die Frühlingskontrollversammlung für die Erziehung findet am 6. April, vormittags halb 12 Uhr, in der Freizeithalle der Unteroffizierskaserne statt.

Gondbelheim, 28. März. Zu dem in Nr. 57 vom 8. März erschienenen Artikel dieses Blattes, Ortstranenfalle betreffend, ist nach genauerer Information richtig zu stellen, daß bei der betr. Generalversammlung der Passenvorstand Herr Rentmann D. H. M. A. S. in erster Linie die Erhöhung der Beiträge der Kassenmitglieder beantragt hat und insoweit von unserem Genossen darin unterstützt wurde, als der betr. Antrag von Seiten der Arbeitnehmer in gleicher Weise gestellt war. Mit vorstehendem erachten wir nun diesen Punkt als definitiv erledigt.

Achern, 28. März. In Seebach erhängte sich der verh. Maurermeister Josef Oberle, Vater mehrerer Kinder. Der Unglückliche litt an einer unheilbaren Krankheit.

Singen, 28. März. Wie neuerdings berichtet wird, wurde die Aufführung des Lorenzischen Stiches unter der Reichsturmhaube in diesem Jahre definitiv aufgegeben.

Stodach, 28. März. Die Kindermörderin Marie Rosler ist im hiesigen Krankenhaus gestorben. Ihre Schwester wurde auf freien Fuß gesetzt.

Weinheim, 28. März. Das 2 1/2 Jahre alte Söhnchen des Fuhrmanns Georg Schütz in Wittenau fiel in die Weichsel und ertrank.

Gemeindezeitung.

Durlach, 28. März. Die Beratung des Vorantrags der sachlichen Kosten pro 1907 ist auf Donnerstag, 4. April, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt. Wir werden noch darauf zurückkommen.

Gisingen, 28. März. Nach fast 7 Jahren sah sich die hiesige Behörde wieder einmal veranlaßt, Bürgerausschuwahlen vorzunehmen. An den letzten und früheren Wahlen war die Beteiligung so schlecht, daß mit 6 und 7 Stimmen einer gemäßigten in den Bürgerausschuw spazieren konnte. Am 1. Januar 1907 wurde hier ein Wahlverein gegründet, welcher an beiden Reichstagswahlen sowie an der letzten Bürgerausschuwahl von der Gegenpartei schwer bedrängt wurde, jedoch unsere Genossen mit 41 gegen 67 Stimmen den Gegnern unterlegen sind.

Bei der Kampfesweise, welche diese Herren gebracht haben, muß jedem anständigen Menschen ein Schauer über den Körper gehen. Es wurde ganz nach der Methode des Reichsfliegerverbandes gefämpt. Zwei unserer Genossen, die auf der Gegenseite standen, wurden so oft gestrichen, daß sie durchfielen. „Es darf kein Arbeiter aus Karlsruhe“, war die Parole. Es kamen auch verschiedene Verläufe gegen die Gemeindevorstandung vor. Wir hoffen, daß die Wahl vom Bezirkamt laffiert wird.

Konstanz, 28. März. Die Gesamteinnahmen hiesiger Stadt für 1907 werden auf 778 490 Mk., die Ausgaben auf 1 294 720 Mk. veranschlagt, so daß durch Umlagen zu denen sind 521 230 Mk. Die Umlage ist auf 70 Pf. festgesetzt.

Der Prozess Tatiana Leontiew.

T. Lun, 28. März. In der Nachmittagsung wurde die Einvernahme der Angeklagten fortgesetzt und zwar über die Tat selbst. Ueber die letztere gibt die Angeklagte keine weiteren Aufschlüsse, als die, welche durch die Anklageschrift bereits bekannt.

Vortrag, aus welchen Motiven sie denn die Tat begangen, erklärt die Angeklagte, daß über Durnowo seinen vielen Einrichtungen und seinem Ehrenregiment von der Kampforanisation der russischen Revolutionäre das Todesurteil gesprochen worden und sie wurde mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Bei der Ausführung der Tat sei sie ganz richtig gewesen, daß sie Durnowo vor sich habe, daß sie dafür den Rentier Müller getötet habe, sei ein Irrtum. Auf den Vorhalt, daß zwischen dem Getöteten und dem Minister sowjagen gar keine Ähnlichkeit bestehe und ihr die Photographie der beiden Männer gezeigt wird, erklärt die Angeklagte, daß sie doch eine gewisse Ähnlichkeit finde.

Der Vorsitzende hält der Angeklagten vor, daß in einem Artikel der in Paris erscheinenden sozialistischen Tageszeitung Humanite die Behauptung aufgestellt worden, sie, die Angeklagte, habe gar nicht im Auftrage der revolutionären Organisation gehandelt, sondern auf eigene Faust. Die Angeklagte erklärt darauf, daß sie aus der revolutionären Organisation aus- und zur Rannys-organisation übergetreten sei. Deren Beschluß habe sie ausgeführt.

Es gibt nun die Angeklagte in zusammenhängender Darstellung ein Bild über die politischen und sozialen Verhältnisse in Rußland und entwarf namentlich eine sehr drastische Schilderung von dem Leben und der Staatskarriere Durnowos, der ein raffiniertester Verbrecher sei.

Zur Verteilung kommt nun das Einvernahme-Protokoll über die Zeugenaussagen des in Petersburg einvernommenen Staatssekretärs Durnowo, der angibt, daß er in Interlaken gewesen, aber bestreitet, daß er unter dem Namen Müller geseit sei. Er ist der Ueberzeugung, daß das Attest, dessen Opfer der Rentier Müller geworden sei, ihm gegolten habe.

Der König-Vern richtet namens der Sozialpartei die Frage an die Angeklagte, ob sie speziell wegen Durnowos nach Interlaken gekommen und diesen dort aufgesucht habe, was von der Angeklagten bejaht wird.

Auch von ihrem Verteidiger werden noch eine Reihe Fragen an die Angeklagte gerichtet; so fragt derselbe die Angeklagte, was es für eine Verwandnis habe mit jenen Vorläse im Gefängnis, wegen dem sie dem Untersuchungsrichter eine weitere Antwort verweigert habe.

Die Angeklagte schildert nun, wie sie von Anfang an in recht großer Felle mißhandelt worden ist. Als sie sich geweigert, sich von ihm entleiden zu lassen, hätte er sie am Hals gepackt und gewürgt; sie hätte sich gemeißelt, sei aber von den Polizisten daran gehindert worden. Solche Angriffe hätte sie mehrmals zu bestehen gehabt. Schlimmer werden die untersuchungsgefangenen Frauen in Rußland auch nicht behandelt.

Der Vorsitzende beantragt die genaue Protokollierung dieser Aussagen der Angeklagten und das Verdict beschließt die Ladung des Untersuchungsrichters, Gerichtspräsident Lauenner in Interlaken, sowie der beiden Polizisten in Interlaken und des dortigen Gejangenenwärters.

Zur Einvernahme kommt nach einer kurzen Pause der Experte über die Lei der Morbidat gebrauchte Methode Konstruktion, Durchschlagkraft und der Wundheilung. Der Experte begreift die Sache als eine sogenannte Wundheilung mit starker, auf kurzer Distanz wirkender Durchschlagkraft.

Daran schließt sich der Expertenbericht über den tatsächlichen Verlauf des Getöteten. Die beiden zu dem Getöteten genutzten Zeugen von Interlaken bekundeten übereinstimmend, daß die Verletzung eine absolut tödliche gewesen. Der Tod ist infolge Durchschlag der Wund durch Verblutung eingetreten.

Nachdem sich der Sachverständige Dr. Müller über die Aufgabe in dieser Eigenschaft entledigt hatte, wird er noch als Zeuge einvernommen über die bei der Angeklagten vorgefundenen Verletzungen, welche diese bei der Wundheilung durch den Untersuchungsrichter Lauenner erlitten. Der Zeuge bestätigt, daß die Verletzungen von der Angeklagten vorgefunden, kann aber nicht sagen, wo diese Verletzungen herfürten.

Es wird nun in das eigenartige Zeugnis über die eingetretenen und zunächst Kaufmann Lauenner einvernommen. Dieser ist mit dem getöteten Müller bekannt geworden durch seine wiederholten Besuche in Interlaken. Zeuge schildert den Getöteten als einen lebenswichtigen Geschäftsmann und guten Mann, der niemand etwas zu leide getan.

Der folgende Zeuge ist Dr. Müller aus Interlaken. Er ist Leiter der beiden Hotels Victoria und Angliana. Ueber die Tat weiß er nichts zu sagen. Zeuge bestätigt, daß Durnowo in Begleitung einer Dame vom 22. Juli bis 6. August im Hotel Victoria einlogiert war. Er gibt ferner an, daß ihm von einer russischen Familie gesagt worden, Durnowo habe sich unter dem Namen Müller in verschiedenen französischen Wädern aufgehalten. Die Aussagen erklärt der Zeuge noch, daß in der Grenze zwischen Müller und Durnowo eine gewisse Bekanntschaft bestanden. In gleicher Weise bekundete die kommissarische einvernommenen weiteren Zeugen, ein ehemaliger Experte, eine zur Zeit des Attestats im Hotel befindliche gewesene Kellnerin und ein inwärtigen nach Durlach vertriebener Kellner.

Die folgenden Zeugen aus Lausanne geben Auskunft über den Aufenthalt der Angeklagten doreist und Lausanne übereinstimmend, daß man dort nichts von der Angeklagten über sie sagen könne, im Gegenteil wird Lausanne, daß sie den Armen viele Wohlthaten erwiesen habe.

Das auf Antrag der Verteidigung auch geladene Fräulein Person aus Lausanne war Schulfreundin der Angeklagten und ist mit letzterer in hiesigem Verlehr verblieben, als diese einige Jahre in Lausanne war. Sie weiß von der Angeklagten nichts Unangenehmes zu sagen und hat letzterer sogar einen Freundschaftsbrief in Gefängnis geschrieben. Auch diese bekundete, daß die Angeklagte sehr viel zur Unterfütterung der Armen beigetragen; allerdings habe die Angeklagte auch eigenartige Einfälle gehabt, die auf einen moralischen Verfall schließen lassen.

Die ebenfalls von der Verteidigung geladene frühere Lehrerin der Angeklagten am Gymnasium weiß nichts Nichtiges über die Angeklagte zu sagen und rühmt sie als gute Schülerin von guten Charakteranlagen und sehr ausgeprägtem Wohlthätigkeitsgefühl. Gleiches bekundete auch Direktor Bano-Launne, dessen Schule die Angeklagte während drei Jahren besucht hatte.

Die für heute geladenen Zeugen sind alle einvernommen und die Verhandlung wird auf morgen halb 10 Uhr vertagt.

Lun, 28. März. Der heutigen zweiten Verhandlung in dem Wortprozess gegen Tatiana Leontiew wohnte auch der Vater der Angeklagten, Staatsrat L. Leontiew, im Zuschauerraum bei. Der Anbruch zur Verhandlung war heute noch stärker als gestern. Die Geschworenen werden drei Hauptfragen zur Beantwortung vorgelegt erhalten, und zwar auf Wort, Leidschaft und schriftliche Ladung. Zu allen diesen Hauptfragen hat der Verteidiger Unterfragen gestellt, die auf verminderte Zurechnungsfähigkeit und mildernde Umstände lauten. Heute war der auf Antrag der Staatsanwaltschaft telegraphisch geladene Untersuchungsrichter Lauenner erschienen, aber dessen Verhandlung sich Tatiana Leontiew gestern befandert hatte. Lauenner hatte mehrere Anträge und Gefängniswärter mitgebracht, um sich gegen die Vorwürfe der Angeklagten zu verteidigen.

Aus der Residenz.

Zeichen der Zeit.

Wie weit die Vermutung schon fortgeschritten und welche Rücksichten man ihr seitens der Hochwohlthätigen entgegenbringen zu müssen glaubt, zeigt ein Verbot des Karlsruhe' Bezirksamts. Wir entnehmen der Bad. Landeszeitung darüber folgende Mitteilung: Seit ca. 20 Jahren besteht in hiesiger Stadt das sog. Kaiserpanorama, das die Szenen seiner verlebenden Landschaftsbilder in der Chartmode mit treuen photographischen Nachbildungen der Oberammergauer Passionsspiele zu unterbrechen pflegt und damit Vielen, auch besonders Auswärtigen, Gelegenheit zu erster Betrachtung und Erbauung bot. So sollte es auch dieses Jahr sein. Wie erstaunten aber die Besucher des Kaiserpanoramas, daß ihnen gestern vom Bestzer der Eintritt verweigert wurde mit dem Hinweis, daß dieses Jahr — wie es sagt seit 20 Jahren zum erstenmal — die Polizei die Schließung des Kaiserpanoramas während der ganzen Charwoche angeordnet habe. Einige der Abgewiesenen, denen die Sache zu unglücklich dorkam, wandten sich um Auskunft an uns. Aber auch wir wurden nach Rücksprache mit der Polizeidirektion mitteilend, daß diese polizeiliche Schließung des Kaiserpanoramas nicht etwa, wie vielfach angenommen, einem Miß- oder Uebergriff eines allzuzeigigen unteren Polizeibeamten zuzuschreiben sei, sondern daß die Schließung im Auftrag der Polizeidirektion erfolgt ist und zwar wie uns weiter mitgeteilt wurde, auf Grund der landesherrlichen Verordnung vom 18. Juni 1892, die weltliche Feiertage der Sonn- und Feiertage betr., in der es heißt:

§ 7. (Nutzige, Musikaufführungen, Schau- und Darstellungen und sonstige Lustbarkeiten.) Die Veranstaltung von öffentlichen Aufzügen, Musikaufführungen, Geseangs- und deflamatorischen Vorträgen, Schausstellungen, theatralischen Vorstellungen oder sonstigen Lustbarkeiten ist für die Dauer des vornehmlich Gottesdienstes an dem in § 1 Absatz 1 Ziffer 1 dieser Verordnung bezeichneten Sonn- und Feiertagen untersagt.

Am Christtage, Palmsonntage und den Abstrigen Tagen der Charwoche, am Ostersonntag, Pfingstsonntage, sowie in Gemeinden, in welchen die katholische Konfession vorherrscht, am Fronleichnamstage und in Gemeinden, in welchen die evangelische Konfession vorherrscht, hat, am dem Sonntage, an welchem der Fast- und Bettag fällt, erstreckt sich das Verbot auf den ganzen Tag.

Da nach dieser Verordnung Schau- und Darstellungen, ganz gleich ob sie ersten oder zweiten Inhalts sind, oder sonstige Lustbarkeiten nach dem Buchstaben des Gesetzes während der Charwoche verboten sind, hat also die Polizeidirektion das Kaiserpanorama schließen lassen. Ganz abgesehen davon, daß es unverständlich ist, wie man die Beschließung von Passions-Widern zu den „Lustbarkeiten“ zählen kann, hätte die Polizeidirektion auch von sich aus die Beschließung dieser Bilder wie in früheren Jahren wohl zulassen können.

Es kommt rollismus mit G. nicht n... Es wird er... Man möc... traurig w... anders in... Schärze der...

ging gestern... Ende. Da... Gubilation... freien Stim... den Kosten... zu bezahle... klar erken... von der gän... klar nicht... Was nämli... Beweisen f... fände in der... wor so wuch... waltungen... der österr... Kuffeier der... dem wirtsch... Wir wie... fern wieder... und ihnen... folgen lassen... Angeklagte... Schärer gel... liche Arbeit... liche Klust... es, daß der... rend der Ver... diesen Verh... kanten. Man... handlung die... und Arbeiter... Artikel des... Schrift des... Schrift des... Bogen vertrie... Bogen wuch... Diese Entsch... Kuffeisen her... an. Matris... Bannlinien m... hirma zu ber... der Behandl... herocypde An... handelt. Wie... bewachte Ar... Das Inter... drückte sich... der 14stägige...

Man föhreit... Nummer in... hie Zeitung... falls es sich... halten handel... h hinsichtlich... breitungsbere... hervorbringen... Der Arbeiter... (Lu d.), wen... sein Recht fin...

Kraw... Hans...

Man föhreit... Nummer in... hie Zeitung... falls es sich... halten handel... h hinsichtlich... breitungsbere... hervorbringen... Der Arbeiter... (Lu d.), wen... sein Recht fin...

Kraw... Hans...

Man föhreit... Nummer in... hie Zeitung... falls es sich... halten handel... h hinsichtlich... breitungsbere... hervorbringen... Der Arbeiter... (Lu d.), wen... sein Recht fin...

Kraw... Hans...

Man föhreit... Nummer in... hie Zeitung... falls es sich... halten handel... h hinsichtlich... breitungsbere... hervorbringen... Der Arbeiter... (Lu d.), wen... sein Recht fin...

Es kommt im einstigen Musterlande des Bismarckismus mit jedem Tage besser. Hier hat man es nicht mit einem bloß bürokratischen Mißgriff zu tun, es liegt System in dieser Methode des Schreyes der Frömmigkeit. Damit dem Volke die Religion erhalten bleibt, muß die „liebe Polizei“ als Wächter zur Seite gestellt werden. Dabei werden diejenigen, die solche Verbote erlassen oder veranlassen, hinsichtlich der Erfüllung religiöser und kirchlicher Pflichten durchaus nicht etwa mit gutem Beispiel voran. Weber die Spitzen der Polizei, noch die Minister zählen zu den fleißigsten Kirchenbesuchern.

Der Prozeß Schieber

Gestern Abend 8 Uhr nach 14-tägiger Dauer im Saal des Urteilstenors im Volksfreund, der freien Stimme und der Konstanzer Zeitung, wurden die Kosten der Angeklagten, der Kläger 1/2 zu bezahlen. Schon die letztere Festsetzung läßt recht klar erkennen, daß das Radolfzeller Schöffengericht von der gänzlichen Unschuld des Fabrikanten Schieber nicht überzeugt war. Das konnte es auch nicht. Was nämlich in der 14-tägigen Verhandlung an Beweisen für die im Volksfreund behaupteten Mißstände in der Schieberischen Fabrik erbracht wurde, war so wichtig und unumwiderrlich, daß es die Erwartungen weit übertraf. In den Zeugnisaussagen der österreichischen Arbeiterinnen lag der befreiende Ausschrei der wirtschaftlich Geknechteten gegenüber dem wirtschaftlich Starren, dem Fabrikanten Schieber. Wir werden morgen kurz die drei Artikel wiederergegebenen Behauptungen skizzieren und ihnen die beweiskräftigsten Zeugnisaussagen folgen lassen. Zwischen den Aussagen der vom Angeklagten aufgetriebenen Zeugen und der vom Schieber geladenen bei ihm beschäftigten einheimischen Arbeiter und Arbeiterinnen, war eine förmliche Klust bemerkbar. Ein günstiger Zufall wollte es, daß der Angeklagte und sein Verteidiger während der Verhandlung von einem recht merkwürdigen Verhalten der Hofrätin Kenntnis bekamen. Man hatte nämlich einen Tag vor der Verhandlung die von Schieber geladenen Arbeiterinnen und Arbeiter in das Bureau gerufen und ihnen die Artikel des Volksfreund, sowie die Widerlegungschrift des Rechtsanwalts Winterer als des juristischen Vertreters des Herrn Schieber vorgelesen. Die Zeugen wußten natürlich, „woran sie waren“. Diese Enthüllung rief im Gerichtssaal peinliches Aufsehen hervor, dem auch der Vorsitzende Ausdrück gab. Natürlich verhielt sich das nicht, daß diese Zeuginnen nur Angehörige über die Schieberische Firma zu berichten wußten. Auf die Frage nach der Behandlung hatten sie z. B. fast sämtlich die herkömmliche Antwort: „... Man wird halt so behandelt, wie man's verdient!“ Wirklich selbstbewußte Arbeiter.

Volksfreundkritik.

Man schreibt uns aus Ettlingen, 26. März: Die Volksfreundredaktion gibt in der heutigen Nummer in sehr energischer Weise bekannt, daß sie die Zeitung für künftige Arbeiterbeschwerden, falls es sich nicht um außerordentliche Angelegenheiten handelt, sperren wird. Dieser Beschluß ist hinsichtlich der Wirkung, den er im ganzen Verbreitungsgebiet des Volksfreund notwendigerweise hervorbringen mußte, wohl nicht überlegt worden. Der Arbeiter betrachtet die Arbeiterpresse als Zuhilfenahme, wenn er bei den verschiedenen Behörden sein Recht finden kann — dies tut sogar auch die

Redaktion selber und auch nicht jedes Recht ist klagbar. Es bestehen auch nicht überall Gewerbegerichte; die mitunter staunenswerte juristische Fähigkeit mancher Orts- und Stadthauptlinge brauche ich wohl nicht näher zu illustrieren. Dem Arbeiter darf seine Zeitung nicht gesperrt werden. Mit Rücksicht darauf, daß der sozialdemokratische Redakteur nur verlagert werden braucht, um auch verurteilt zu werden, ist selbstverständlich äußerster Vorbehalt geboten. Es steht aber der Redaktion doch sicher frei, mit der Veröffentlichung verhänglicher Berichte zugewartet, bis das nötige Beweismaterial unter schriftlich vorhanden ist. Meiner Ansicht nach hätte die Arbeiterpresse mit der Veröffentlichung betreffenden Beschlusses einen großen Teil ihres Zweckes verfehlt. Man muß nur bedenken, welche heilsame Angst manchem Unternehmer die Veröffentlichungen im Volksfreund schon beigebracht haben. Den Schlußsatz genannten Artikels finde ich geradezu unbegreiflich. G. L.

Soweit diese Ausführungen auf die Sache Bezug nehmen, um die es sich handelt, stimmen wir ihnen im wesentlichen bei. Es ist uns nicht im Traum eingefallen, den Arbeiterbeschwerden unsere Spalten sperren zu wollen. Worum es sich handelt, das ist, ob jeder Vorgang im Arbeitsverhältnis im Volksfreund als Gegenstand der Kritik behandelt werden soll, auch wenn die Fälle etwas tagtäglich sind. Schließlich hat doch jeder das gleiche Recht. Man stelle sich aber vor, jeder wolle solche Vorkommnisse, die täglich vielleicht hunderte von Malen passieren, im Volksfreund besprechen! Dabei ist immer noch nicht berücksichtigt, daß wir in diesem Falle, wie leider schon so oft, falsch berichtet wurden und dies, trotzdem wir nachdrücklich auf die Befundung der Wahrheit hingewiesen haben. Da kann einem der Geduldsfaden schon reißen. Was wir sagen wollten, war dies: Der Volksfreund solle gerade mit Rücksicht auf das, was er als Arbeiterblatt zu erfüllen hat, nicht in sich zurückweichen. Darin stimmt uns sicher jeder bei, der es gut mit dem Volksfreund meint.

Ein gutes Geschäft

hat im verflochtenen Jahre wieder die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus und Pflanzensäfte vorm. G. Sinner in Grünwindel gemacht. In der vor einigen Tagen stattgefundenen Generalversammlung der Gesellschaft wurde einstimmig die Direktion und dem Aufsichtsrat Entlohnung erteilt und sodann gleichfalls einstimmig die Verteilung einer Dividende von 16 Prozent (im Vorjahre 15 Prozent) genehmigt. Der Antrag auf Befreiung an dem neuen Unternehmen auf Herrschaft Labuhn als Ersatz der abgebrannten Kälberfabrik wurde mit großer Mehrheit angenommen.

* Ueberfahren und tödlich verkehrt wurde gestern Abend 5 Uhr in der Nähe der Nebenstraße ein vierjähriges Kind von der Albstalbahn. Es gehörte einem Bewohner der Winterstraße und soll mit noch anderen Kindern über die Straße gelaufen sein, als die Bahn im Anfahren von der Nebenstraße-Haltestelle her begriffen war. Der Führer des Nebenbahnzuges soll schuldlos sein.

* Von der Strafe. Gestern Vormittag ließ beim Einbiegen von der Lamm- nach der Kollerstraße eine Drochke mit einem elektrischen Straßenbahnwagen zusammenstoßen, so daß die Drochke, das Vordergeschirr und der elektrische Wagen beschädigt wurden.

Letzte Post.

Protest gegen die Zeugniszwangskolter. Mannheim, 26. März. Der Mannheimer Journalisten- und Schriftstellerverein nahm in seiner gestrigen außerordentlichen Versammlung einstimmig eine Resolution an, die gegen die über Redakteur Ged verfügten Zwangsmaßnahmen entscheidet. Die Verabredung einlegt und auf neue die Forderung an die gesetzgebenden Faktoren erhebt, den Redakteuren und dem übrigen Personal der periodischen Presse die

Befugnis zur Verweigerung des Zeugnisses über Verfasser und Einfender von Preparaften einzuräumen.

Ein Ministerkandidat?

Frankfurt a. M., 26. März. Oberbürgermeister Dr. Widde ist nach Berlin berufen worden. Dem Vernehmen nach hängt die Reise mit dem bevorstehenden Wechsel im Ministerium zusammen.

Der Kampf um die Stromzölle.

Hannover, 27. März. Wie der Hannoverische Courier hört, soll der Plan der Einführung von Schiffabgaben auf natürlichen Wasserstraßen in Preußen infolge des Widerstandes der beteiligten Auslandsstaaten und des Widerpruchs des Auswärtigen Amtes endgültig aufgegeben worden sein. Eine Befestigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

Weltausstellung in Berlin.

Berlin, 26. März. Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller und der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine nahm übereinstimmend zu dem Plane einer Berliner Weltausstellung eine Resolution an, in welcher der Gedanke einer solchen Ausstellung auf das lebhafteste begrüßt und der Entschluß ausgesprochen wird, diesen Plan mit allen Mitteln zu fördern. Zunächst soll durch eine Enquete die Stimmung der Regierung sowie der übrigen gesetzgebenden und wirtschaftlichen Körperschaften festgestellt werden.

Von den rumänischen Bauernunruhen.

Wien, 26. März. Nach einer Meldung der Neuen Freien Presse aus Bukarest sind die aufständischen Bauern in viele Städte eingedrungen und plündern dieselben. Zwischen Truppen und Bauern fanden an verschiedenen Orten Kämpfe statt. Die Behörden von Giurgiuo forderten die Entsendung von Geschützen zur Unterdrückung des Aufstandes. Viele Bauern flüchten andauernd nach Bukarest oder nach Bulgarien.

Bukarest, 26. März. Die Unruhen und Plünderungen halten noch immer an. Ganz gefährlich ist es in den Distrikten Jeleocman und Blasen, wo der Aufstand immer größere Dimensionen annimmt. In Minduscan wurden sämtliche Häuser zerstört. Das Militär ging zum Angriff über und drängte die Bauern zurück, wobei 30 Plünderer erschossen wurden. Bei einem Zusammenstoß zwischen Militärs und Bauern in Buceu wurde der Truppenkommandant erschossen. Die ganze Umgebung von Buceu ist niedergebrannt. Stark bedroht ist die Umgebung von Gurca und Craiova. Im Petroleumgebiet ist es ruhiger, da dort umfassende militärische Maßnahmen getroffen worden sind. Die Truppen der deutschen Petroleum-Gesellschaften werden von deutschen Beamten, die auf ihrem Posten aussharren, bewacht.

Aus dem orientalischen Wetterwinkel.

London, 26. März. Nach einem Telegramm der Tribune aus Erzerum ist die Situation in Armenien verzweifelt. Die Bezirke Mush und Bitlis sind von Panik ergriffen. Die Einwohner fliehen. Die türkische Regierung betreibt die Armenier und teilt ihr Land unter die Moslems. Die Erpressung der Steuern ist ein fürchterliches Werkzeug in den Händen der Regierung, die ohnmächtig ist, die Bewegung zu ersticken. Man befürchtet ein blutiges Gemetzel. Die Türken schleppen Weiber und Kinder fort und zwingen sie, Mohamedaner zu werden. Die Armenier haben den russischen Konsul in Erzerum um Hilfe gebeten.

Marokkanisches.

Langer, 26. März. Weitere ernste Ausschreitungen gegen Europäer werden aus Casablanca gemeldet. Unter anderem verführten die Einwohner das Gebäude eines Europäers in Brand zu stecken, welches außerhalb der Stadt gelegen ist und zur

Errichtung einer drahtlosen Telegraphenstation bestimmt war. Es gelang zwar dem Pascha, die Bevölkerung zu beruhigen, indessen herrscht andauernd große Erregung, namentlich infolge der Nachrichten über die Vorgänge in Marafesch. — Die französische Regierung hat beschlossen, die marokkanische Stadt Guda zu besetzen. Die entsprechenden Vorbereitungen sind getroffen.

Russische Revolution.

Der Tod Podjedonoszews.

Des früheren Oberprokurators des heiligen Synod weckt die Erinnerung an die dunkelsten Zeiten und an die düstersten Zeiten des russischen Despotismus, drei Jahrzehnte blutigen Leidens und schmerzvollen Ringens eines großen Volkes drängen sich vor unsere Seele. Zwei Kaiser hat der furchtbare Mann, den nun als achtzigjährigen Greis der Tod gefällt, mit bestimmendem Einfluß beherrscht, sechs- undzwanzig Jahre in unbeschränkter Volksgewalt die Schicksale der orthodoxen Kirche gelenkt, alle Andersgläubigen, Lutheraner und Katholiken, Juden und Sektierer mit starrer Unbarmherzigkeit gequält und niedergeböhlet und das geliebte Leben der Nation unter das Joch der Rechtgläubigkeit gebeugt. Selten mag ein Mensch so sehr und völlig ein System in seinem persönlichen Wesen ausgesprochen und verkörpert haben wie dieser.

Das Schicksal hat es Podjedonoszew vorbehalten, daß er den kläglichsten Zusammenbruch seines Systems erleben mußte. In Not und Kammer und Sámach ist vergangen, woran er ein Leben lang mit der grausamen Konsequenz des Fanatikers gebaut. Ihn selbst hat die Revolution vom Stuhle der Macht weggeführt und die Kirche, der er ein Menschenalter vorgestanden, hat in den Stürmen der Volksbewegung auch nicht die geringste Kraft des Widerstands bewährt. Was er als Grundstein der zarischen Macht glaubte gelegt zu haben, erwies sich als morscher Fels. Nicht der Jar und seine Herrschermacht, wohl aber die Revolution verdammt zuletzt Podjedonoszew die reichste Förderung; hätte er die Dämme nicht so eng vorgebaut, die Wasser wären nie so gewaltig stürmend übergeströmt.

Eine geschlossene revolutionäre Linke.

Petersburg, 26. März. Die drei Volksparteien in der Duma, die Sozialrevolutionäre, die Volks-Sozialisten und die „Ludowiki“ vereinigen sich zu einem Organisationsverbande. Die drei Fraktionen des neuen Blocks, die über hundert Stimmen zählen werden aber in Fragen, wo Partei-Interessen mitsprechen, ihre Selbständigkeit nicht aufgeben.

Vereinsanzeiger.

- Anteilungen.** (Arbeiter-Gesangverein Sängerbund.) Am Donnerstag, 28. März, abends 7 Uhr, erste Singstunde, nachher Besprechung. Vollständiges Erscheinen erforderlich. 1242. Der Vorstand.
- Durlach.** Die Bürgerauschmittglieder werden hiermit auf Samstag abends halb 9 Uhr zu einer Sitzung im Gasthaus zum Annelinden freundlichst eingeladen. 1241. Der Vorstand.
- Aue bei Durlach.** (Turnverein.) Am Ostermontag morgens findet eine Turnfahrt nach Weingarten-Jöblingen statt. Abmarsch morgens halb 7 Uhr vom Lokal zum Waldhorn. Hierzu sind alle Mitglieder freundlichst eingeladen. 1247.
- Waldhorn.** (Arbeiter-Wahlverein.) Samstag, 30. März, abends 1/2 9 Uhr, Sitzung im Schwaben. 1248.
- St. Georgen (Schwarzthal).** Bitte zum nächstjährigen Vortrag am 14. April sind jetzt schon im Vorverkauf zu 30 Pf., an der Kasse 40 Pf., bei allen Organisationsleitern, sowie im Laden des Konsumvereins zu haben. Der Vortrag umfaßt ca. 100 Bilder.

Verantwortlich in redaktionellen Teil für Artikel, Redaktionelle u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeindegewalt und Letzte Post: Wilh. Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. Weidmann; für die Inserate: A. Jiegler. Buchdrucker und Verlag des Volksfreund Ged u. C. G., sämtliche in Karlsruhe.

Reeller Total-Ausverkauf

wegen gänzlicher Geschäftsaufgabe anderweitiger Unternehmen halber. Auf mein grosses reichsortiertes Lager in sämtlichen Herren-Mode-Artikeln

Krawatten	Weisse Oberhemden	Trikot Wäsche	Hüte	Schirme	Manschettenknöpfe
Kragen	Bunte Oberhemden	Unterzeuge	Mützen	Stücke	Vorstechknäpfe
Manschetten	Nachthemden	Strümpfe	Hosenträger	Portemonnaies	etc. etc. etc.

Besichtigen Sie meine Schaufenster. gewähre ich **15-25% Rabatt.** Ueberzeugen Sie sich von der Preiswürdigkeit.

Prince of Wales Kaiserstrasse 24.

Mittwoch den 27. cr.

10%

auf

Schuhwaren

Damen- und Kinder-Konfektion.

Herm. Schmoller & Cie.

Spanische Blut-Orangen

ausgereifte süße Frucht

kleinmittel	3 Stück 10 Pf., Bld. 40 Pf.
mittel	per " 5 " " 55 "
große	" " 7 " " 80 "
extragroße	" " 8 " " 90 "

empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

In den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen.

An Karfreitag sind unsere Geschäfte gänzlich geschlossen.

Donnerstag den 28. cr.

Samstag den 30. cr.

Ausnahme-Preise

Art. 7084. Hohelegante echt Chevreux braun Damen-Schnürstiefel modernste Fassung per Paar Mk. **12.50**

Art. 9898. Hohelegante echt Chevr. Damen-Schnürstiefel Goodyear-Welt, Lackkappe, allererstklassiges Fabrikat, per Paar Mk. **12.50**



Art. Ra. Hohelegante echt Chevreux-Herren-Hakenstiefel, erstklassiges Fabrikat, Goodyearwelt per Paar Mk. **12.50**

Art. Rl. Echt Chevreux-Herren-Knopfstiefel, Goodyear-Welt, allerneueste Fassung per Paar Mk. **12.50**

Art. 600. Nr. 17/22. Hoheleg. echt Chevr. - Schnürstiefel, allerbestes Fabrikat per Paar Mk. **2.25**

Art. 2591. Echt-Chevreux-Schnürstiefel, 21/24, Mk. **2.95**
elegant mit Fleck 25/28 Paar Mk. **3.60**

Art. 283 und 288. Hohelegante echt Chevreux-Knopf- und Schnürstiefel, Nr. 27/30 **4.65**
Nr. 31/35 **4.95**

Für Knaben und Mädchen:

C. Korintenberg, Karlsruhe
Kaiserstrasse 118.

Vorteilhaftes Angebot!

Während der **Osterwoche** verkaufe ich grosse Posten

Herren-Anzüge
zum Einheitspreis von **Mk. 33.— netto!**

Diese Anzüge haben nachweisbar einen regulären Wert bis zu

Mk. 48.—

und sind davon viele Muster-Anzüge in meinem Schaufenster ausgestellt.

Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

N. Breitharth
Ecke Kaiser- u. Herrenstrasse.

Oster-Eier!

! Frisch eingetroffen!

Garantiert echte **Italiener**

Trink- und Sted-Eier!

mit ganz dunkelrotem Dotter. Das Wohl-schmeckendste und empfehlenswerteste zum Rohessen. Ferner die **einzig echte** Steyermärker

„Hasenmarke“

Nicht zu verwechseln mit anderen ähnlichen Marken. Bekannt vorzüglichste Qualität, **billigst bei**

L. Haueisen

Eier-Import und -Grosshandlung

Pforzheim, Kronenstrasse 4

Telefon 1374.

Hauptgeschäft: **Offenburg**

gegründet 1882.

Bestrenommiertes Haus.

NB. Am Mittwoch, Donnerstag und Samstag erhält jeder Kunde bei Einkauf von 25 Stück an ein kleines Ostergeschenk gratis.

Fische! Fische! Fische!

Während der Karwoche verkaufe ich im Laden

Schützenstrasse 42

von größeren Sendungen lebend-frische Fluss- und Seefische, in nur prima Qualität zu äusserst billigen Preisen.

Bachfische, lebend, sowie frisch gewässerte Stockfische.

1219

L. Pfefferle Ww.

Mache darauf aufmerksam, dass die Fische bei gleicher Qualität zum selben Preise verkauft werden wie auf dem Markt.

Karfreitag ist der Laden bis 12 Uhr geöffnet.

Verkauf findet auch **Nelkenstrasse 19** (Gutenbergsplatz) statt.

Feinst gewässerte

Stockfische

in bekannter Güte empfiehlt

Ernst Deuble

Telefon 1185.

Angartenstr. 24, Ecke Wilhelmstrasse.

Fische! Fische! Fische!

Donnerstag früh trifft eine Sendung lebend frische Fische ein und werden zu den billigsten Preisen verkauft

Bachfische, Schellfische, Karpfen, Stockfische.

Bierhalters neue Obsthalle, Adlerstrasse 22.

Herren - Mützen!
Knaben-Mützen!
Mädchen-Mützen!
Kinder - Mützen!

Riesige Auswahl — Letzte Neuheiten
Anerkannt billigste Preise!

Wilh. Zeumer

Hut- und Mützen-Magazin
Karlsruhe Kaiserstrasse 127.

1171

Alte Brauerei Keck,
Kaiserstrasse 13

Morgen Donnerstag



Großes Schlacht-fest.

Dierzu ladet ergebnis ein
Fr. Möhrlein.

Einen tüchtigen **Schlosser**

für Eisenkonstruktion etc., welcher nach Zeichnung arbeiten kann, bei gutem Lohn sofort für dauernd gesucht.

Maschinenfabrik Gillingen
Mietstrasse 76. 1230

Schneider-Nähmaschine
gut erhalten, ist billig zu verkaufen.
N. Breitharth,
Kaiser- u. Herrenstr.-Ecke.

Mittwoch den 27. cr. Donnerstag den 28. cr. Samstag den 30. cr.

10%

auf sämtliche



Schuhwaren
Geschw. Knopf.

Schmiedelehrjunge-Gesuch.
Auf Ostern ist bei mir wieder ein Lehrling offen u. würde ein tüchtiger Junge bei mir eintreten, unter günstigen Bedingungen.

Joh. Broß,
Wagenbauer und Duffschmied,
Schützenstrasse 42.

Vertausche

meinen schönen 2 Jahre alten deutschen Schäferhund (Rübe Wolfshund) gegen ein Fahrrad. Näheres bei P. Stahl, Stadelhaldenstr. 21, Pforzheim.

Wengler, G. Dth. 3 St. in ein freundlich möbl. Zimmer an zwei Arbeiter sofort zu vermieten.
Heil. Seegrabenstr. 2. vert.
Divan, Schützenstrasse 46.

Die richtige Bezugsquelle

haben Sie, wenn Sie Ihre **Herren- u. Knaben-Kleider**

bei **L. Gretz,**

Marienstrasse 27

kaufen.
Gute Stoffe, feine Verarbeitung
Größte Auswahl, billigste Preise